



Aktuelle Debatte

Fraktion DIE LINKE

Meinungs- und Kunstfreiheit im Internet verteidigen - EU-Urheberrechtsreform überarbeiten und Uploadfilter ablehnen

Es wird beantragt, zur 31. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 28. Februar/1. März 2019 eine Aktuelle Debatte zum o. g. Thema durchzuführen.

Begründung

Schon im Jahr 2016 hat die Europäische Kommission Vorschläge für eine Urheberrechtsreform für den digitalen Binnenmarkt unterbreitet. Von Anfang an waren die Artikel 11 (Leistungsschutzrecht) und Artikel 13 (sogenannte Uploadfilter) des Vorschlags für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt COM(2016) 593 final - 2016/0280 (COD) umstritten.

2018 wurden die Trilogverhandlungen, d. h. die Verhandlungen zwischen der EU-Kommission, dem Rat der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament eröffnet und im Februar 2019 nach einer Einigung im Ministerrat wiederbelebt. Das Ergebnis der Verhandlungen, das von starken Lobbyinteressen geprägt war, bedroht die Meinungs- und Kunstfreiheit im Netz, indem Internetplattformen dazu verpflichtet werden für alle Urheberrechtsverstöße ihrer Nutzer zu haften, sollten sie nicht alles Mögliche unternommen haben, diese Verstöße zu verhindern. Dies führt zum unweigerlichen Einsatz von Uploadfiltern, d. h. Algorithmen, die im Verborgenen das Hochladen von Inhalten auf die jeweilige Plattform verhindern, im besten Fall, weil sie gegen Urheberrecht verstoßen, im schlimmsten Fall wahllos und ohne Begründung.

Die **beabsichtigte Reform des Urheberrechts** im digitalen Zeitalter begründet eine rückwärtsgewandte Urheberrechtsdebatte, unnötige Presseverlegerrechte (Artikel 11), die schon in Deutschland und Spanien in der Praxis versagt haben, und bedroht die Garantie von Grundrechten auf freie Meinungsäußerung und Kunstfreiheit im Internet durch die sogenannten *Uploadfilter* (Artikel 13).

(Ausgegeben am 21.02.2019)

Die endgültige Abstimmung des Europäischen Parlaments steht noch aus. Die antragstellende Fraktion hält es für dringend geboten, auch im Landtag von Sachsen-Anhalt über die Folgen zu debattieren.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender